



NIEDERSCHRIFT

12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Weiterstadt

Legislaturperiode IX 2011/2016

am	13. August 2012
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:00 Uhr
Ende	19:10 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Akdag, Nebahat
Fischer, Wilhelm
Gürkan, Benjamin
Hofmann, Heike

CDU-Fraktion

Meinhardt, Lisa
Pohl, Edgar

ALW-Fraktion

Becker, Ernst-Ludwig
Petri, Heinz-Ludwig

FWW-Fraktion

Moczygemba, Eugen

Magistrat

Bornet, Helmut
Höll, Herbert

Mager, Philipp

Möller, Ralf

Reitz-Gottschall, Angelika

Röhrig, Reinhold

Spätling-Slomka, Dorothea

Zeller, Gerhard

Ausländerbeirat

Didonna Schnellbacher, Maria

Seniorenbeirat

Arndt, Walter

Schriftführer

Stark, Rüdiger

Presse

Wickel, Marc

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Fischer, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.05.2012	
2. Erhebung von Sondernutzungsgebühren von der Firma Google Street View, Antrag der CDU-Fraktion	IX/0323
2.1. Erhebung von Sondernutzungsgebühren von der Firma Google Street View, Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes	IX/0392/1

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.05.2012

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt als festgestellt.

Tagesordnungspunkt 2

Erhebung von Sondernutzungsgebühren von der Firma Google Street View, Antrag der CDU-Fraktion

Drucksache: IX/0323

Tagesordnungspunkt 2.1

Erhebung von Sondernutzungsgebühren von der Firma Google Street View, Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes

Drucksache: IX/0392/1

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Die Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der Stellungnahme ist eine Erhebung einer Straßensondernutzungsgebühr nicht möglich.

Wilhelm Fischer
Vorsitzender

Rüdiger Stark
Schriftführer